

grh Mitteilungen ²/₁₈

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Tel./Fax: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org
Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und Donnerstag 09⁰⁰ bis 16⁰⁰ Uhr
Konto bei Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB
Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

„Gewalt war immer eine unvermeidliche geschichtliche Begleiterscheinung gesellschaftlicher und politischer Konflikte. Friedensgeschrei gehört zur Vorgeschichte jeder Gewalt und ist die Begleitmusik jeden Krieges. In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle.“

Karl Marx, MEW 23, aus UZ vom 26. Januar 2018

"Hinter der Maske"

Hans Bauer

So der Titel einer Kunstausstellung im Barberini in Potsdam. Besucher sind begeistert von der einzigartigen Kunst aus der DDR. Ich erinnerte mich an die regelmäßigen Kunstausstellungen in Dresden, die von abertausenden DDR-Bürgern besucht wurden. Auch das Barberini präsentiert beeindruckende Bilder und andere Kunstwerke - Zeugnisse von der Vielfalt der Motive, Techniken, gesellschaftlichen Themen, persönlichen Sichten und individuellen Eigenheiten. Zeugnisse vom Reichtum der DDR-Kunst und vom Können der Künstler. Seltsam, eine solche Vielfalt bei - wie es penetrant die Texte zu den Bildern und den Künstlern vermitteln - angeblich dogmatischer Kunstpolitik in einer Diktatur. Offenbar der Zensur und dem herrschenden Zeitgeist geschuldet.

"Hinter der Maske"- tatsächlich steht dieser Titel geradezu exemplarisch für die Gesellschaft, in der wir leben. Wahrheit und Tatsachen werden verschwiegen, verfälscht und entstellt: Imperialistische Aggression wird zur "humanitären Intervention"; da wird vom "Sozial"-Staat gesprochen, obgleich Armut in Deutschland wächst - und ebenso Reichtum für Wenige; mit "Demokratie"-Orten werden Hass und Ausgrenzung geschürt; konsequente Verfolgung von Naziverbrechen wird vorgetäuscht, obgleich die großen Verbrecher verschont blieben und zu höchsten Ehren kamen; "Freiheit" wird suggeriert, tatsächlich aber herrscht die Diktatur der Geldes; der Osten gilt als gleichberechtigter Teil Deutschlands, dabei ist er zur Kolonie verkommen; Flüchtlingshilfe wird als Menschlichkeit verkauft, die wirklichen Ursachen für Flucht und Vertreibung werden verschwiegen,

der unabhängige "Rechtsstaat" wird glorifiziert, in Wirklichkeit ist er williger Diener der Macht usw. Was für eine Maskerade! Schlimmer! Heuchelei, Lüge und Manipulation. Hinter der Maske verbirgt sich eine zutiefst inhumane Gesellschaft. Was für ein Hohn auf die vielgerühmte westliche Wertegemeinschaft! In Wirklichkeit steht sie für die Umkehrung menschlicher Werte. Für Kapital und Profit. Hinter die Maske zu schauen, zu entlarven, über das wahre Gesicht dieser Gesellschaft, der Bundesrepublik Deutschland, aufzuklären, das ist und bleibt eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Verfassungsgerechtigkeit im Rechtsstaat

Günter Seidel

Die Entscheidungen des BVerfG in Sachen Straffrente vom 9.11.2017 und die Pressemitteilung dazu vom 13.12.2017 bestätigte, was zu erwarten war. Ich hatte in dieser Beziehung von Anfang an keinerlei Illusionen. Es sind politische Entscheidungen, denen mit ellenlangem, juristisch verbrämten Geschwurbel der Anschein juristischer Gründlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verliehen werden sollte. Alle sachlich vorgetragene Einwände der Beschwerdeführer wurden lapidar mit dem Satz abgeschmettert, dass "eine Grundrechtsverletzung nicht hinreichend substantiiert dargetan (ist)." Es ging nie darum, Gerechtigkeit walten zu lassen, sondern darum, die Sache so in die Länge zu ziehen, bis der letzte Anspruchsberechtigte nicht mehr unter den Lebenden weilt. Damit reihen sich diese nun endgültigen Entscheidungen unseres juristischen Kampfes um Rentengerechtigkeit folgerichtig in die von der BRD-Justiz in den vergangenen Jahren vorausgegangenen Entscheidungen ein. Sie waren, sind und bleiben Teil der bisherigen und künftigen

Delegitimierung, Verunglimpfung und Benachteiligung ganzer Bevölkerungsgruppen und der Verleumdung der DDR als Unrechtsstaat. Es lohnt, sich, die „rechtsstaatliche juristische Grundlage“ für die Begründung der Erfolglosigkeit der Verfassungsbeschwerden zu Gemüte zu ziehen:

„Dem Gesetzgeber kommt bei der notwendigen Neuordnung sozialrechtlicher Rechtsverhältnisse im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung und insbesondere bei der Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Überführung der im Beitrittsgebiet erworbenen Ansprüche und Anwartschaften ein besonders großer Gestaltungsspielraum zu. Er ist berechtigt, Rentenansprüche und Rentenanwartschaften zu beschränken, Leistungen zu kürzen und Ansprüche und Anwartschaften umzugestalten, sofern dies einem Gemeinwohlzweck, insbesondere der Abschaffung ungerechtfertigter und dem Abbau überhöhter Leistungen, dient und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügt; er darf dabei Differenzierungen weiterführen, die schon der mit den Verhältnissen vertraute Gesetzgeber der DDR zur Grundlage von Entgeltkürzungen gemacht hat - namentlich die Zugehörigkeit zu bestimmten Versorgungssystemen. Der Gesetzgeber kann dabei auch berücksichtigen, dass die Empfänger von Zusatz- und Sonderversorgungen grundsätzlich weniger schutzbedürftig sind als sonstige Rentner.“

Diese Aufzählung der Entscheidungsmöglichkeiten grenzt an Willkür und missachtet die in der DDR nach Recht und Gesetz erworbenen Ansprüche nach den verschiedenen Versorgungssystemen. Wer hierin nicht die ausschließlich politisch motivierte Absicht der Entscheidung erkennt und ernsthaft an eine positive geglaubt hat, ist nun wohl endgültig desillusioniert worden.

Was bleibt also? Wenn auch das angestrebte Ziel gleichwertiger Renten auf dem juristischen Weg zu unseren Lebzeiten nicht erreicht wurde, haben aber nachfolgende Generationen die Möglichkeit, sich anhand dieser und vieler anderer aktenkundiger Entscheidungen und Ereignisse ein eigenes, objektives Bild vom Umgang mit dem Staat DDR und seinen Bürgern zu machen. Und weiter: es bleibt jetzt umso mehr die Notwendigkeit und Möglichkeit, künftig politisch um eine Änderung der Situation zu kämpfen. Deswegen bin ich zutiefst überzeugt davon, dass eine sich ständige vertiefende Zusammenarbeit auf diesen, aber auch auf anderen Politikfeldern besonders zwischen ISOR und GRH und mit anderen, uns nahe stehenden Organisationen unabdingbar ist.

Offener Brief unseres langjährigen Mitglieds Kurt Andrä an die amtierende Bundeskanzlerin zur Rentengerechtigkeit

Frau Merkel !

Als fast 90-jähriger Rentner wende ich mich heute mit einer Frage an Sie, an deren Beantwortung sicherlich auch viele andere Rentner in Ostdeutschland sehr interessiert sind. Am 9. Juni 2009 waren Sie in Leipzig Gast auf dem neunten deutschen Senioren-Tag. Dort erklärten Sie zur Rentenangleichung (Ost an West):

„... Ich stehe dazu, daß wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen, ich würde, wenn Sie mich nach dem Zeitrahmen fragen, sagen, daß das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird...“.

Das wäre im Jahre 2011 gewesen !!

Auf diese Herstellung der Rentengerechtigkeit und die Gewährleistung der Gleichstellung vor dem Gesetz im Sinne des Artikels 3 des Grundgesetzes warte ich nun schon seit 1990, dem Abschluß des sogenannten Einigungsvertrages.

Neun Jahre nach Ihrem Versprechen in Leipzig muß ich nun leider feststellen, daß Ihre damalige Versicherung „*ich stehe dazu*“ wie eine Seifenblase geplatzt ist. Als Bürger aus der DDR fühle ich mich bestraft und durchaus nicht gleichberechtigt in diesem Lande. Dieses Gefühl verstärkt sich bei mir, wenn ich erlebe, wie sich Abgeordnete ihre Diäten unverhältnismäßig und selbständig erhöhen, die Regierung die Beamtenbezüge in der Zwischenzeit mehrmals drastisch erhöht hat, aber bei Tarifen, Löhnen und Gehältern der Normalbeschäftigten, ebenso wie bei den Rentnern, immer noch zwischen Ost und West unterschieden wird.

Immer noch müssen Rentner im Osten ein hohes Renten-Minus in Kauf nehmen. Was mir als ehemaliger DDR-Bürger völlig unverständlich bleiben wird, ist die Tatsache, daß für die Witwenrente, also für verstorbene Ehegatten, noch nach ihrem Tode, Steuern, sowie Beiträge für die sozialen Versicherungen wie z.B. Kranken- oder Pflegeversicherungen abgeführt werden müssen. Ich möchte wissen, wie meine verstorbene Frau in ihrem Grab „gepflegt“ wird. Solche Abgaben wurden in der Deutschen Demokratischen Republik nicht erhoben, obwohl die DDR nicht so reich war, wie heute Ihr Land.

Ich möchte Sie an ihre Worte, Frau Merkel, erinnern, die Sie in Leipzig aussprachen:

„...die Rente sei kein Almosen sondern eine Gegenleistung und wer im Leben lange gearbeitet

hat, hat auch Anspruch auf eine gute Rente, gleich ob er in Ost- oder West-Deutschland lebt. Sozialleistungen sind keine milde Gabe. In den Versorgungssystemen liegt einiges im Argen. Die Renten müssen gleich wie die Pensionen zum Leben reichen“.

Ich erinnere Sie an Ihre Worte und erwarte, daß Sie nun bald in die Tat umsetzen, was Sie damals so leichtfertig dahin sprachen. Ich würde es begrüßen wenn Sie mir Ihre heutige persönliche Ansicht dazu mitteilen würden und Sie keinen Beamten beauftragen, der mir evtl. eine Antwort mit einem „Baukastenbrief“ zusammenstellt.

Sollten Sie nach Abschluß der Gespräche über die Bildung einer Regierung wieder deutsche Kanzlerin werden, erwarte ich die schnelle Einlösung Ihres Versprechens, welches Sie uns Rentnern aus der DDR 2009 gegeben haben.

Ich würde es zu gern noch erleben.

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat Februar, insbesondere den folgenden Jubilaren, und wünscht ihnen beste Gesundheit, Kraft, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben.

zum 96. Geburtstag

Dr. Heinz Frenzel, Ferch

zum 95. Geburtstag

Heinz Krupp, Bestensee

zum 92. Geburtstag

*Dr. Heinz Ehrhard, Berlin
Heinz-Ottomar Thieme, Halle*

zum 91. Geburtstag

*Hans Prüfer, Berlin
Günter Bergmann, Königs Wusterhausen
Heinz Jonas, Gardelegen*

zum 85. Geburtstag

*Günter Händel, Berlin
Henry Otto, Dierhagen
Kurt Ehegötz, Bad Langensalza
Hildegard Rutekolk, Berlin*

zum 80. Geburtstag

*Ingrid Pfannschmidt, Suhl
Hans-Günter Becker, Neuenhagen
Ursula Fieber, Hennigsdorf
Gert Keller, Jena*

*Gerhard Fleischle, Köln
Horst Jehmlich, Dresden
Lothar Jürgens, Strausberg*

zum 75. Geburtstag

*Dr. Volker Mekschrat, Königs
Wusterhausen*

zum 60. Geburtstag

Peter Klebsch, Brandenburg

Spenden für den Erhalt eines bemerkenswerten Denkmals

Am 19. Oktober 2017 jährte sich zum 51. Mal der Tag, an dem zwei sowjetische Militärflieger des Flugplatzes Altenburg/Nobitz mit einer MiG 21U bei einem Übungsflug nahe dem heutigen Geithainer Ortsteil Syhra tödlich verunglückten. Flugzeugführer Oberst Viktor Nikolajewitsch Schandakow und Major Juri Alexejewitsch Wladimirow verzichteten darauf, sich rechtzeitig per Fallschirm aus der havarierten Maschine zu retten, um die Menschen im Dorf Syhra durch deren Absturz nicht zu gefährden. Die damals 43 und 35 Jahre alten Piloten kamen ums Leben, da die dann noch verbliebene Flughöhe nicht ausreichte, um die Rettungsfallschirme vollständig zu öffnen.

Das ihnen zu Ehren errichtete und in die Kreisdenkmalliste als "sowjetisches Fliegerehrenmal - Denkmal aus zeitgeschichtlichen Gründen" aufgenommene Denkmal ist jedoch seit Jahren sanierungsbedürftig. Inzwischen ist der Zustand bedrohlich für die weitere Existenz des Ehrenmals.

Die Kosten für eine denkmalgerechte Sanierung werden mit ca. 6.500 € veranschlagt. Der Ortsverband Geithain der Partei DIE LINKE und die Geithainer Stadträte der Partei, die das Umfeld des Denkmals seit vielen Jahren pflegen, bitten deshalb um Unterstützung, zumal der Erhalt einer staatlichen Zuwendung ungewiß ist. Unsere seit Dezember 2017 örtlich und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE auf Bundes-, Landes- und Kreisebene bisher durchgeführte Spendensammlung erbrachte bis zum 12. Januar eine Summe in Höhe von 2.860 €.

Wer mithelfen will, die selbstlose Tat der beiden Piloten durch den Erhalt des Ehrenmals nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, kann eine Spende (jeder noch so kleine Betrag hilft) auf das Konto des Kreisverbandes Westsachsen der Partei DIE LINKE überweisen:

Sparkasse Leipzig

IBAN: DE85 8605 5592 1100 7244 15

BIC: WELADE8LXXX

Zahlungsgrund: Viktor

Bei zusätzlicher Angabe von Name, Vorname und vollständiger Anschrift im Zahlungsgrund wird eine Spendenbescheinigung übersandt.

Lesenswert

Günter Benser "Die vertanen Chancen von Wende und Anschluss", verlag am park, Berlin 2018, ISBN 978-3-947094-11-0, 200 Seiten, 14,99 € Eine Analyse des West-Ost-Konflikts, der seine Ursachen im Wesentlichen in der seit sieben Jahr-

zehnten in der BRD vorherrschenden Weltansicht hat.

Im Verlag für Berlin-Brandenburg wurde 2017 das Buch „Das geteilte Leben des Gerhard Scheumann“, Autor Frank Hörnigk (verstorben) herausgegeben, ISBN 978-3-945256-96-1

Der langjährige Freund von Gerhard Scheumann, Professor Frank Hörnigk, schuf unter Verwendung von dessen unvollendeten Aufzeichnungen und eigenen Forschungen dieses Werk über diese Persönlichkeit der DDR- Kulturgeschichte.

Bereits in den sechziger Jahren erfand Gerhard Scheumann als leitender Mitarbeiter des Fernsehfunks der DDR das beliebte Zeitmagazin Prisma.

In einem über ein Vierteljahrhundert andauernden Zeitraum arbeitete er als Filmdokumentarist gemeinsam mit Walter Heynowski in dem zu Welt- ruf gelangten Dokumentarwerk unter dem Logo H&S. Sein erstes Interview mit dem westdeutschen Söldnerführer Müller, weltbekannt geworden als Kongomüller, über dessen Kriegsverbrechen in der Demokratischen Republik Kongo fand in Fachkreisen von Filmdokumentaristen großes Aufsehen.

Die Fernsehzuschauer waren die eingeweihten Mitspieler, und Gerhard Scheumann agierte ebenso klug wie raffiniert entgegen jeder bis dahin vertrauten Rhetorik. Müller fiel auf alle in diesem Spiel aufgestellten Fallen herein. Ein „westdeutsches“ Fernseherteam konnte ein Interview mit einer Person der Zeitgeschichte führen, mit einem antikommunistischen Kämpfer, der selbstgefällig für die Werte der westlicher Demokratie warb. Auf diese Legende fiel Müller herein. „Der lachende Mann“ wurde zu einem Klassiker der internationalen Dokumentationsgeschichte bis zur Gegenwart.

Während der Zeit des Kalten Krieges qualifizierte sich Gerhard Scheumann gemeinsam mit seinem Partner zu einem hochgeachteten Schöpfer von Dokumentarfilmen an vielen Brennpunkten der Auseinandersetzungen. Es entstanden einundsiebzig Filme in einem Zeitraum von 25 Jahren, darunter Dokumentationen in Afrika, Südamerika und Asien.

In den Auseinandersetzungen zwischen beiden deutschen Staaten wirkte er, vom DDR-Sicherheitsorgan unterstützt, aktiv mit. Nach der Wende stürzten sich die bürgerlichen Medien mit zerstörerischer Anprangerung auf ihn und trugen wesentlich zu seinem frühen Tod bei.

Information Nr. 1 /2018

In dem Sonderdruck der Arbeitsgruppe Sport der GRH dokumentiert Thomas Köhler, Olympiasieger

1968 in Grenoble, die Disqualifikation der DDR-Rodlerinnen bei den Olympischen Spielen 1968 in Grenoble.

Die Information ist in der Geschäftsstelle der GRH erhältlich und kann hier auch bestellt werden.

Veranstaltungshinweise

Gedenkkundgebung am 11.02.2018, 11:30 Uhr, vor der geschändeten Gedenkstätte in Ziegenhals zu Ehren Ernst Thälmann und der Teilnehmer der Illegalen ZK-Tagung der KPD im Sporthaus Ziegenhals am 7. Februar 1933.

Matinee am 18.02.2018 „...der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ anlässlich des 85. Jahrestages der Illegalen ZK-Tagung der KPD in Ziegenhals mit dem Ernst-Busch-Chor, Renate Richter-Wekwerth, Ernst Schwarz u.a.

Münzenberg-Saal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Beginn: 11:00 Uhr.

Gemeinsame Gesprächsrunde der GRH, der ISOR, des BüSGM und des RotFuchs-Fördervereins mit dem Botschafter des Plurinationalen Staates Bolivien, S.E. Jorge Cardenas Robles, zum Thema: „Bolivien, ein Staat im Aufbruch“.

21. Februar 2018, 17:00 Uhr, Seminarraum 2, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

*Ehrendes Gedenken unseren
verstorbenen Mitgliedern*

Manfred Hiller aus Görlitz

Er verstarb am 20. Dezember 2017
im Alter von 85 Jahren

Manfred Süß aus Berlin

Er verstarb am 30. Dezember 2017
im Alter von 85 Jahren

Wolfgang Hepper aus Löbau

Er verstarb am 10. Januar 2018
im Alter von 79 Jahren

Prof. Dr. Johann Schilling aus Berlin

Er verstarb am 11. Januar 2018
im Alter von 85 Jahren

Heinz Müller aus Strausberg

Er verstarb am 16. Januar 2018
im Alter von 89 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen
Hinterbliebenen

Der Vorstand, TAG Lichtenberg, Dresden,
Hohenschönhausen, Strausberg